

# Völkisches und antidemokratisches Denken vor 1933

Tim B. Müller

„Der Wendepunkt ist da“, stellte die *Frankfurter Zeitung*, das führende liberal-demokratische Blatt der Weimarer Republik, in ihrem großen, zweiseitigen Leitartikel zu Neujahr 1933 fest. Der „Umschwung“ war „tiefgreifend und vor allem: er erstreckt sich auf alle dafür wesentlichen Gebiete“ – Wirtschaft, Innenpolitik, Außenpolitik, die „geistige Gesamtlage“. Überall waren deutliche Zeichen der „Entspannung“ zu erkennen. Am wichtigsten war, dass „der gewaltige nationalsozialistische Angriff auf den demokratischen Staat“ nicht nur „abgeschlagen“, sondern durch einen „mächtigen Gegenangriff“ der Regierung beantwortet worden war, was zur „Entzauberung der NSDAP“ geführt hatte. Gerade die Strategie des neuen Reichskanzlers Kurt von Schleicher hatte demnach dazu beigetragen, „den Nationalsozialisten die Serie von Mißerfolgen und Verlusten beizubringen, die erstmals in großem Stil bei den Reichstagswahlen vom 6. November (wo die NSDAP zwei Millionen Stimmen verlor) festzustellen waren“. Für die klugen Köpfe der „Frankfurter Zeitung“ war erwiesen, „daß nichts falscher ist, als den Geist der freiheitlichen Demokratie in Deutschland totzusagen“. Zwar hatten die Parteien im Jahr 1932 gelitten, „aber die Demokratie hat nicht weiter gelitten; sie hat während des letzten halben Jahres geradezu einen Triumph erlebt“.<sup>1</sup>

Diese Perspektive erscheint heute, im Rückblick, ungewohnt, sogar unbegreiflich. Stand nicht der große Sieg der Nationalsozialisten, ihre Machtübernahme am 30. Januar 1933 direkt bevor? Die Erwartungen vieler Zeitgenossen unmittelbar zuvor sahen jedoch anders aus: Ein weiteres Mal hatte die Demokratie erfolgreich ihre Feinde abgewehrt, und auch der wirtschaftliche Aufschwung hatte bereits eingesetzt. Die geschichtswissenschaftliche Forschung fragt danach, was diese Gegenwartserfahrungen und Zukunftserwartungen an der Jahreswende 1932/33 für unser Verständnis des Untergangs der Demokratie bedeuten.

Ein Punkt, auf den die internationale Wissenschaft hinweist, wird auch im Zitat aus der *Frankfurter Zeitung* deutlich: Mit dem Sieg der

Antidemokraten rechnete kaum jemand. Im Gegenteil, gerade die Reihe von Niederlagen, die die völkischen und antidemokratischen Kreise immer wieder hinnehmen mussten, trug zur ihrer Radikalisierung in der Weimarer Republik bei.<sup>2</sup> Diese Deutung mutet nur auf den ersten Blick paradox an. Eine genauere Betrachtung der Welt der Antidemokraten vor 1933 lässt verstehen, wie unwahrscheinlich ihr Erfolg damals vielen erschien. Zwar wurzelte der Nationalsozialismus ideologisch und kulturell in der „Unterwelt des politischen Extremismus, in exzentrischen politischen Mini-Sekten“.<sup>3</sup> Aber eine direkte Linie zwischen diesen radikal-nationalistischen, rassistischen und antisemitischen politischen Milieus und der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft lässt sich nicht so einfach ziehen.<sup>4</sup>

Die Erwartungshorizonte der Zeitgenossen, ihre Debatten und die Formen, in denen politische Konflikte in der Weimarer Republik ausgetragen wurden, legen nahe, dass – ungeachtet ihrer Fragilität – die Demokratie das Wahrscheinliche war, während ihre Zerstörung unwahrscheinlich erschien, selbst noch zu Beginn der 1930er Jahre.<sup>5</sup> Die junge Republik hatte, wie andere Demokratien in Europa auch, etliche Krisen gemeistert und stand in den Augen vieler Menschen, ob gewollt oder nicht, als alternativlos da. 1928 hatten selbst intellektuelle Gegner ihren Frieden mit der Demokratie gemacht. Der Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, einer mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) verbundenen rechten Angestelltengewerkschaft, verlangte von seiner Partei, sich nicht nur taktisch, sondern aus Überzeugung der Demokratie zu öffnen und einen republikanischen Konservatismus auszubilden. Die DNVP hatte sich an Regierungen beteiligt und den noch sehr weiten Weg zur konservativ-demokratischen Volkspartei eingeschlagen. Allerdings formierten sich gegen diese „stille Demokratisierung“ auch starke rechtsradikale Gegenkräfte in der Partei.<sup>6</sup>

Zwei Jahre später, nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die alle zuvor dagewesenen

Krisen in den Schatten stellte, änderte sich alles. Doch das Ende der Demokratie war kein Unfall, sondern das Resultat von Entscheidungen. Konkurse und Unternehmenspleiten, Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Hunger beherrschten die Gesellschaft. Zwar erschütterte die wirtschaftliche Katastrophe die Demokratie schwer. Auch verschärfte die »Austeritätspolitik« der Regierung Heinrich Brüning mit ihrem strikten Sparkurs die Krise zwischen 1930 und 1932. Aber zum Untergang der Demokratie von Weimar führte beides wohl nicht.<sup>7</sup> Die Zuspitzung der Krise ermöglichte es ab dem Sommer 1932 Vertretern der alten Eliten um Reichskanzler Franz von Papen, einige Wirtschaftsführer und letztlich den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, einen Umbau der parlamentarisch-demokratischen Republik zum autoritären Präsidialregime einzuleiten. Zu dieser Strategie gehörte, das erst wenige Monate zuvor ergangene Verbot der SA aufzuheben, was einen Wirbel der Gewalt entfesselte. Der »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932, mit dem die sozialdemokratische Minderheitsregierung Preußens abgesetzt wurde, und Einschränkungen der Pressefreiheit schalteten wichtige demokratische Institutionen aus. Aber eine Machtübernahme der Nationalsozialisten war in diesem antidemokratischen Plan nicht vorgesehen – und Stimmen der Zeit wie das Zitat aus der *Frankfurter Zeitung* zeigen, dass man die Demokratie für so stark hielt, dass sie diese autoritären Machenschaften überleben wür-

de. Dass schließlich Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, war alles andere als zwangsläufig; es war das Ergebnis einer Verkettung von politischen Fehlkalkulationen und Intrigen in Elitenkreisen. Aber das Datum markierte einen Bruch in der politischen Entwicklung. Die neue »Normalität«, die das nationalsozialistische Regime seit Anfang 1933 durch Gewalt und Gewaltandrohung erzeugte und in der sich bald alles um Krieg und Rassismus drehen sollte, hatte kaum etwas mit der Normalität der Demokratie zu tun.<sup>8</sup>

Massenpartizipation, öffentliche Inszenierungen und Legitimation durch Akklamation waren für den Nationalsozialismus aber schon in der Spätphase der Weimarer Republik Mittel der Politik. Hitler saß der Demokratie, um eine Formulierung von Hans Mommsen abzuwandeln, wie ein »Parasit« im Nacken.<sup>9</sup> Er und seine Partei verstanden besser als die seit 1930 Regierenden, wie in der Demokratie Politik gemacht wurde, wie man Stimmungen aufnahm und Probleme für sich ausbeutete: Mit der Demokratie besiegte er die Demokratie. Es gab nicht nur ein von Zeitgenossen wahrgenommenes Demokratiedefizit, das mit der Krisenbewältigungspolitik verbunden war. Zugleich präsentierte sich der Todfeind der Demokratie, so durchschaubar seine Tarnung war, selbst als der bessere Demokrat. Denn Hitler versprach nicht nur bessere Lebensbedingungen, sondern auch soziale Anerkennung und

1 Ein Jahr deutscher Politik, in: *Frankfurter Zeitung*, 1.1.1933, S. 1 f.

2 Vgl. Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931*, München 2015, S. 633-642.

3 Richard J. Evans, *Das Dritte Reich, Bd. 1: Aufstieg*, München 2004, S. 86.

4 Die politische Zäsur von 1933 betonen in der jüngsten Forschung etwa Geoff Eley, *Nazism as Fascism. Violence, Ideology, and the Ground of Consent in Germany 1930-1945*, London 2013; Richard J. Evans, *The Third Reich in History and Memory*, London 2015, S. 87-117.

5 Vgl. etwa Moritz Föllmer u. Rüdiger Graf (Hg.), *Die Krise der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt 2005; Rüdiger Graf, *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933*, München 2008; Wolfgang Hardtwig (Hg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939*, Göttingen 2005; ders. (Hg.), *Ordnungen in der Krise. Zur Politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1918-1933*, München 2007; Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2012; Tim B. Müller u. Adam Tooze (Hg.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015; Benjamin Ziemann, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923*, Essen 1997.

6 Vgl. Michael Dreyer, *Weimar als »wehrhafte Demokratie« – ein unterschätztes Vorbild*, in: Michael Schultheiß/Sebastian Lasch (Hg.), *Die Weimarer Verfassung. Wert und Wirkung für die Demokratie*, Erfurt 2009, S. 161-189; Barry A. Jackisch, *The Pan-German League and Radical Nationalist Politics in Interwar Germany, 1918-39*, Farnham 2012, S. 154; Mergel, *Kultur*, S. 323-331 spricht von »stiller Republikanisierung«.

7 Brüning's Deflationspolitik wird seit Jahrzehnten in der Forschung kontrovers diskutiert; vgl. einleitend Andreas Wirsching, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2008, S. 109-114, 128 f.

8 Vgl. neben der klassischen Darstellung von Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 2. Nachdr. d. 5. Aufl., Düsseldorf 1984, etwa Hermann Beck, *The Fateful Alliance. German Conservatives and Nazis in 1933. The Machtergreifung in a New Light*, New York 2008; Dirk Blasius, *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933*, Göttingen 2006; Dreyer, *Weimar*; Evans, *Coercion*; Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 259-301, 305-324; Gotthart Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934*, Frankfurt 1986.

9 Hans Mommsen, *Beamtenum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik*, Stuttgart 1966, S. 13, 18; vgl. ders., *Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche*, Stuttgart 1999, S. 136-174, 201-213; ders., *Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand*, München 2010, S. 67-84, zu den Wahlerfolgen der NSDAP etwa Jürgen Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991; Oded Heilbrunner, *Catholicism, Political Culture, and the Countryside. A Social History of the Nazi Party in South Germany*, Ann Arbor 1998.

politische Teilhabe – als pervertierte Erfüllung einer demokratischen Verheißung. Er musste sich, um Massen zu mobilisieren, auf die Demokratie einlassen, ihre Sprache sprechen. Der Nationalsozialismus ist auch als die Simulation eines demokratischen Aufbruchs zu verstehen.

Das zeigt sich auch am Begriff der »Volksgemeinschaft«, der heute nahezu ausschließlich mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wird. Mit den großen Wahlerfolgen der NSDAP seit 1930 wurde in ihrer Propaganda die Parole der Volksgemeinschaft prominent. Damit vermittelte die Partei eine parasitär-demokratische Botschaft, eine Vision von Zukunft und Optimismus, von persönlichen Chancen und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Denn »Volksgemeinschaft« war ein Begriff, der auch eine bürgerlich-liberale und eine sozialdemokratische Vorgeschichte hatte, ein Wort von damals breiter Attraktivität. Gemeinschaftsbegriffe konnten und können liberal, sozialistisch oder totalitär sein. In den 1920er Jahren waren sie Teil der demokratischen Diskussion. Alle Schichten und Gruppen sollten ihren Platz in der Demokratie finden. Etwas Offenes und Optimistisches haftete dem Versprechen der »Volksgemeinschaft« an. Noch in der späten Republik, als Hitler und die Nationalsozialisten bereits den demokratischen Volksgemeinschaftsgedanken umdeuteten und rassistisch aufluden, war es möglich, den Begriff zu verstehen, ohne an Ausgrenzung und Gewalt zu denken.<sup>10</sup> Siegmund Warburg etwa, der links-liberale jüdische Hamburger Bankier, konnte sich noch zum Jahreswechsel 1932/33 vorstellen, als demokratischer Wirtschaftsreformer in die Politik zu gehen. »Volksgemeinschaft« war für ihn gleichbedeutend mit einer Ordnung demokratischer Partizipation. Oder Otto Wels, einer der Parteivorsitzenden der SPD: Er stellte in seiner heroischen Reichstagsrede am 23. März 1933 die demokratische, »wirkliche Volksgemeinschaft« gegen die diktatorische Aufhebung der Grundrechte durch ein nationalsozialistisches Ermächtigungsgesetz.<sup>11</sup>

Dieses Ringen um die »Volksgemeinschaft« ist ein Beispiel dafür, dass mit der Demokratie der Volksbegriff so zentral für die politische Debatte geworden war, dass ihn auch die Gegner einer demokratischen Entwicklung aufnahmen. Das galt sogar für die »Völkischen« in ihren diversen Schattierungen, die sich in einer von Eliten

beherrschten, antiegalitären Politik und der Ablehnung der Demokratie einig wussten.

Neubestimmungen des Volksbegriffs, die zwischen einer sprachlichen und kulturellen Einheit einerseits und der politischen Nation andererseits oszillierten, und seine Komposita wie »Volksgemeinschaft« und »Volksgenosse« tauchten bereits um 1800 auf und spiegelten von Anfang an die »schleichende Herausforderung zur Demokratisierung« semantisch wider.<sup>12</sup> Seit dem späten 19. Jahrhundert artikulierte sich das Verlangen nach Demokratie beinahe ubiquitär.<sup>13</sup> Spätestens mit dem Ersten Weltkrieg wurde in der deutschen politischen Sprache »Volk« zum »Allgemeinbegriff, an dem alle politischen Lager partizipieren mussten«. Dessen »explosive Verwendung« verwies auf einen »unumkehrbaren Trend zur »Demokratisierung«, und zwar quer durch die Regierungsformen«. <sup>14</sup> Anfangs kaum mehr als eine Fußnote zu dieser Geschichte der politischen Sprache war die Wortneuschöpfung »völkisch«, die um die Jahrhundertwende bereits in manchen rechten Kreisen das als französisch geltende Fremdwort »national« ersetzt hatte. Dass sich diese sprachlichen Unterscheidungen auch im völkischen Milieu niemals völlig durchhalten ließen, lässt bereits der Name der Nationalsozialisten erkennen, die im Übrigen das Wort »völkisch« zahlreich benutzten. Letztlich diente das Adjektiv »völkisch« vornehmlich der Selbstbezeichnung eines »entschieden antisemitischen Nationalismus«. <sup>15</sup>

Wann betraten diese Völkischen die politische Bühne? Eine emblematische Szene, in der sich die politische Konstellation am Anfang der Weimarer Republik, die ins Kaiserreich führenden Genealogien und die künftige Radikalisierung abbilden, spielte sich am 25. Juli 1919 ab. Zwei Tage zuvor hatte der sozialdemokratische Reichskanzler Gustav Bauer sein Regierungsprogramm vorgestellt, das einen ambitionierten Demokratiebegriff in den Mittelpunkt stellte. Darüber, was Demokratie war und sein sollte, herrschte bereits breiter Konsens, ungeachtet exzentrischer Umdeutungen des Begriffs durch Außenseiter, zu denen damals auch noch Hitler gehörte, der von einer »germanischen Demokratie« sprach, wo er später das Prinzip der »unbedingten Führerautorität« vertrat.<sup>16</sup> Demokratie war die Realität geworden, die alle Politik organisierte.<sup>17</sup> »Das deutsche Volk lechzt

nach Demokratie“, hieß es nur wenig später auf einem Parteitag der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei.<sup>18</sup> Reichskanzler Bauer zweifelte nicht an der Dauerhaftigkeit der neuen Regierungs- und Lebensform Demokratie: „Wir nehmen diesen Ruf von jenseits der Grenzen auf, wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkheit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, den Völkerbund erschaffen muss.“<sup>19</sup> Die Vorstellung einer europäischen Konvergenz der Demokratie klingt in diesen Worten ebenso an wie eine optimistische Erwartung für die Zukunft. Was die internationale Perspektive betraf, sprach Bauer vom Verzicht der Staaten „auf einen Teil ihrer Souveränität“ als dem „höchsten Ziel“ der Außenpolitik in einer künftig durch den Völkerbund vereinten Völkergemeinschaft. Demokratie entfaltete sich in vier Dimensionen, die eine beeindruckende Bandbreite des zeitgenössischen Demokratieverständnisses bezeugten: **erstens** Demokratie als Volkssouveränität und Selbstherrschaft der Bürger; **zweitens** Demokratie als Kultur, Alltag und Lebensweise; **drittens** Demokratie als Institutionenordnung und Staatsverwaltung, als Gefüge des guten Regierens; und **viertens** die soziale, wirtschaftspolitisch aktive Demokratie.<sup>20</sup> Die politische Gleichberechtigung war mit der nun konstituierten Demokratie

erreicht, aber auch die sozialen Grundlagen der Gleichberechtigung sollten garantiert sein. Besonderen Wert legte die Regierung Bauer auf die Gleichberechtigung der Frauen als Staatsbürgerinnen. Kurz darauf begründete Bauers Innenminister Eduard David im Parlament seine bekannte Aussage: „Nirgends in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt als in der neuen deutschen Verfassung“ mit dem Hinweis auf das Wahlrecht, auf die Möglichkeit zu Volksentscheiden und darauf, „daß die Frauen in Deutschland die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung errungen haben“. Er stellte fest: „Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste Demokratie der Welt.“<sup>21</sup> Die Aussprache über dieses Programm vom 23. Juli 1919 und über die Erklärungen der Minister erstreckte sich über mehrere Tage; am 25. Juli stellte Finanzminister Matthias Erzberger seine Vorhaben vor. Der Zentrums Politiker und christliche Demokrat Erzberger galt als die Zentralfigur des Kabinetts. Seine Unterschrift unter dem Waffenstillstandsabkommen 1918 hatte ihn unter radikalen Nationalisten besonders verhasst gemacht. Mit seiner großen Steuerreform, die eine nationale Einkommenssteuer einführte und dem demokratischen Staat die finanzielle Grundlage verschaffen sollte, machte er sich große Teile des Bürgertums zum Feind. Schon Anfang 1920 wurde er Opfer eines Attentatsversuchs,

- 
- 10 Vgl. Wolfgang Hardtwig, Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Detlef Lehnert (Hg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept „Volksheim“ im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 227–253, mit Hinweisen auf die Forschungsdiskussion; zu Gemeinschaftsbegriffen vgl. Michael Freedon, *Liberal Languages. Ideological Imaginations and Twentieth Century Progressive Thought*, Princeton 2005, S. 38–59; Klaus Lichtblau, „Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ bei Max Weber. Eine Rekonstruktion seines Sprachgebrauchs, in: *Zeitschrift für Soziologie* 29 (2000), S. 423–443.
- 11 Vgl. Niall Ferguson, *High Financier. The Lives and Time of Siegmund Warburg*, London 2011, S. 49 f., 64–82; *Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte*, Bd. 457, 2. Sitzung, 23.3.1933, Berlin 1934, S. 33.
- 12 Reinhart Koselleck u.a., *Volk, Nation, Nationalismus, Masse*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 2004, Bd. 7, S. 141–431, hier S. 382.
- 13 Vgl. Adam Tooze, *Ein globaler Krieg unter demokratischen Bedingungen*, in: Müller u. Tooze (Hg.), *Normalität*, S. 37–69.
- 14 Koselleck, *Volk*, S. 390; zum Volksbegriff der frühen Weimarer Republik vgl. auch Heiko Bollmeyer, *Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik*, Frankfurt 2007.
- 15 Uwe Puschner, *Die völkische Bewegung. Sprache – Rasse – Religion*, Darmstadt 2001, S. 9 f., 27; vgl. ders., Walter Schmitz u. Justus H. Ulbricht (Hg.), *Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918*, München 1996; Stefan Breuer, *Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik*, Darmstadt 2008.
- 16 Adolf Hitler, *Mein Kampf. Eine Abrechnung von Adolf Hitler*, Bd. 1, München 1925, S. 364; vgl. Hermann Hammer, *Die deutschen Ausgaben von Hitlers „Mein Kampf“*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (1956), S. 161–178, hier S. 171; Othmar Plöckinger, *Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922–1945*, München 2006; der spätere SS-Vordenker Reinhard Höhn vertrat noch 1929 die Idee „wahrer germanischer Demokratie“; vgl. Michael Stolleis, *Recht im Unrecht. Studien zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus*, Frankfurt 1994, S. 111 f.
- 17 Vgl. etwa Christoph Gusy (Hg.), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 2000; ders. (Hg.), *Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008; Marcus Llanque, *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000; Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000; Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013; Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014; Andreas Wirsching (Hg.), *Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich*, München 2007.
- 18 Hardtwig, *Volksgemeinschaft*, S. 247.
- 19 *Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte (im Folgenden: Verhandlungen)*, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, Berlin 1920, S. 1852.
- 20 Vgl. ebd., S. 1843–1852.
- 21 *Verhandlungen*, Bd. 329, 71. Sitzung, 31.7.1919, Berlin 1920, S. 2194.

am 26. August 1921 wurde er von rechtsextremen Terroristen ermordet.<sup>22</sup> Unmittelbar bevor Erzberger seine Rede hielt, entgegnete am 25. Juli 1919 der deutschnationale Abgeordnete und DNVP-Mitbegründer Albrecht von Graefe(-Goldebee) auf die Regierungserklärung. Spott über Bauers »Illusionspolitik« und scharfe Angriffe gegen Erzberger durchzogen seine Rede. Auch die »Dolchstoß-Legende« vertrat er bereits, wonach der Krieg nicht »im Felde« verloren worden sei, sondern durch die Revolution zu Hause. Die demokratische Regierung und die neue Verfassung waren Graefe zufolge »das größte Unheil für unser deutsches Volk«. Das Werk Bismarcks würde dadurch zerstört. Einerseits bediente Graefe sich der neuen massenpartizipatorischen Sprache: Das »Volk« stand dabei im Mittelpunkt seiner Argumentation; die Abschaffung der Monarchie bedeutete »Vergewaltigung der Mehrheit durch eine Minderheit – eigentlich ein recht undemokratisches Vorgehen«. Was die Regierung betreibe, sei kein Ausdruck »ehrlicher Demokratie«. Mit elitärer, gar nicht so auf die neue Zeit abgestimmter Überheblichkeit warf Graefe der Regierung andererseits vor, noch nicht reif zu sein für Regierungsverantwortung und erst eine »Lehrzeit« absolvieren zu müssen. Eine Aufzählung der mit wenig Sozialprestige und Bildung verbundenen Berufe der Regierungsmitglieder folgte, aus der unverhohlener Standesdünkel sprach. Graefe behauptete, die Bevölkerung sehnte sich »zurück nach dem alten Regime«, und machte sich zum Sprecher der Besitzenden und Gebildeten: »Ordnungskraft« und »Ordnungssinn« fehlten der Regierung; Graefe bestand auf einem Recht auf »Selbstverteidigung« gegen Bolschewisten; er verurteilte die Steuerpläne als »Vermögenskonfiskationen« und erklärte zur »heiligen Pflicht, diese Regierung zu bekämpfen«. Seine Rede schloss er mit einem Zitat von Paul de Lagarde.<sup>23</sup>

Was wie die politische Sprache eines Deutschnationalen zu klingen scheint, dessen Traditionen von Revolution und Demokratiegründung erschüttert waren, enthielt wesentliche Elemente völkischen Denkens. Graefe war eine bedeutende Figur im Zwischenreich von parlamentarischer Politik und völkischem »Untergrund«. Er gehörte zu den führenden Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes (ADV) und bildete mit anderen eine »Völkische Arbeitsgemeinschaft« in der DNVP. Offenkundig wurde seine politische Position

durch seinen Verweis auf Lagarde, einen der Urväter und wichtigsten Stichwortgeber des völkischen Denkens.<sup>24</sup> Damit legte Graefe ein Bekenntnis zur völkischen Ideologie ab, wenn auch in seiner nationalistischen Reichstagsrede sein radikaler Antisemitismus weniger deutlich wurde als in anderen Äußerungen. Sozial gehörte Graefe zur Führungsschicht des Kaiserreichs, die von Massengesellschaft, Sozialismus und Demokratie ihre privilegierte Stellung bedroht sah. Die Kriegsniederlage hatte die Anhänger völkischen Denkens radikalisiert. Der allen spektakulären Gewalttaten zum Trotz aussichtslos anmutende Kampf gegen die 1918/19 etablierte Demokratie verschärfte ihren Extremismus. Im Zentrum ihrer zum Teil widersprüchlichen und verworrenen politischen Überzeugungen und Obsessionen, die Anlass zu vielerlei Rivalitäten und Spaltungen gaben, standen Sprache, Rasse und Religion. Die Religion, ob in Gestalt eines entjudaisierten »Deutschchristentums«, einer »Deutschgläubigkeit« oder neopaganer Germanenkulte, war demnach »der archimedische Punkt« der völkischen Weltanschauung. Sie lieferte nicht nur die Rechtfertigung der apokalyptischen völkischen Erlösungslehre von der göttlichen Abstammung und Bestimmung der Deutschen. Sie gab den Völkischen überhaupt erst die Begründung für ihr antiegalitäres, rassistisches Denkgebäude.<sup>25</sup> Ihr Eintreten für die »Reinheit« der deutschen Sprache nahm in der Vorliebe für neue Wortschöpfungen skurrile Züge an. Ihr Rassismus beschränkte sich nicht auf einen rabiaten Antisemitismus, sondern entwarf Visionen eines rassistisch reinen deutschen oder »arischen« Menschen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg schufen die Völkischen die Ideologeme ihrer rassistischen Weltanschauung sowie ein reichsweites Netzwerk von Organisationen, die sich bestens auf eine ebenso aggressive wie zielgerichtete Agitation verstanden. So bereiteten sie den ideologischen Nährboden, die institutionellen Voraussetzungen und das propagandistische Instrumentarium für die nationalsozialistische Bewegung und ihre Ideologie.<sup>26</sup> Ob von sozialer Deklassierung bedroht oder nicht, die Mitglieder der esoterischen Zirkel und Organisationen, die Abonnenten der völkischen Periodika und Teilnehmer an ihren Veranstaltungen lassen sich weitgehend den wilhelminischen Eliten, insbesondere dem Bildungsbürgertum zuordnen. In der Weimarer Republik ist eine Ausbreitung von Antisemitismus und völkischem Denken und schließ-



lich eine Hinwendung zum Nationalsozialismus besonders unter den Studenten zu beobachten. Ihre Berufsaussichten verschlechterten sich rapide, bis sie mit der Wirtschaftskrise völlig wegbrachen. Das war das Rekrutierungsfeld für die spätere »Weltanschauungselite« der SS, die jedoch in ihrem Selbstverständnis einen härteren, »sachlicheren« Rassismus ausbildete.<sup>27</sup> Aber nicht immer waren die Zusammenhänge so eindeutig. Die Virulenz des völkischen Denkens, von dem der Nationalsozialismus seine Symbole und einige Elemente seiner Sprache übernahm, kann ideologische Genealogien aufhellen, aber nicht den Nationalsozialismus als Massenpartei und Herrschaftsform erklären. Das würde allzu sehr auf eine »geistesgeschichtliche« Engführung der Argumentation hinauslaufen.<sup>28</sup>

Historisch viel relevanter als die völkischen Esoteriker wurden Netzwerke, gesellschaftliche Kreise und Organisationen, das eigene Lager übergreifende Konstellationen, in denen sich völkisches Denken in politisch relevantere radikal-nationalistische Diskurse einspeiste. Bürgerliche Leidenschaften für die Größe des Vaterlands, bürgerliche Ressentiments gegen Sozialisten und andere »Reichsfeinde« und bürgerliches Statusbewusstsein trafen dort auf radikalere Kräfte und Ideen, vereint im Engagement für Deutschland. Hervorzuheben sind der Flotten-

und der Wehrverein, die sehr breit aufgestellt und eher locker organisiert waren und sich der Aufrüstung verschrieben hatten, die Deutsche Vaterlandspartei im Ersten Weltkrieg und vor allem der Alldeutsche Verband.<sup>29</sup> Letzterer gilt in der Forschung heute wie schon unter den Zeitgenossen damals als Scharnier zwischen dem bürgerlichen Radikalnationalismus und dem völkischen Rassismus. Der Alldeutsche Verband richtete sich gegen die Demokratie und gegen eine als Bedrohung verstandene Moderne und war doch selbst ein Produkt moderner Politik: Er war auf die Bedingungen einer modernen Massenkommunikationsgesellschaft angewiesen, und er verstand ihre Möglichkeiten geschickt zu nutzen. Insofern zählte er zu jenen Kräften, die man der »dunklen« Seite der Moderne zurechnen kann.<sup>30</sup> Schon die frühe Analyse von Eckart Kehr sprach 1928 von einer »Art politisch-ideologischer Holding-Company«<sup>31</sup>, eine neuere Untersuchung nennt den ADV eine »Koordinationsinstanz des gesamten rechten Spektrums.«<sup>32</sup> Der ADV umfasste nie mehr als einige tausend, in seiner Hochphase 1923/24 etwa 38.000 Mitglieder. Seine antisemitische und gewaltbereite Massenorganisation »Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund«, die 1919 gegründet und bereits 1922 wieder verboten war, mobilisierte beinahe 200.000 Mitglieder. Die Mörder Erzbergers und Walther Rathenaus unterhielten Verbindungen zu

22 Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt 1976.

23 Verhandlungen, Bd. 328, 66. Sitzung, 25.7.1919, Berlin 1920, S. 1912-1925.

24 Differenziert zu Lagarde, der dennoch einer der wichtigsten Referenzpunkte völkischen Denkens bleibt, vgl. Ulrich Sieg, Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus, München 2007.

25 Puschner, Bewegung, S. 17; von den klassischen Deutungen vgl. etwa George L. Mosse, Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus, Königstein 1979. Ein anderes Feld, das im vorliegenden Beitrag nicht untersucht wird, ist der intellektuelle Rechtsradikalismus, der mitunter unter den Begriff der »Konservativen Revolution« gefasst wird; vgl. dazu die Forschungen in der Nachfolge von Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962; zuletzt etwa Volker Weiß, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012.

26 Puschner, Bewegung, S. 25.

27 Vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996, S. 42-68; Konrad H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt 1984, S. 117-122; Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 72-142.

28 Geistesgeschichtliche Kontinuitäten des »gebildeten« deutschen Rassismus untersucht Per Leo, Der Wille zum Wesen. Weltanschauungskultur, charakterologisches Denken und Judenfeindschaft in Deutschland 1890-1940, Berlin 2013.

29 Vgl. etwa Roger Chickering, We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886-1914, Boston 1984; Geoff Eley, Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck, Ann Arbor 1991; Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997; Rainer Hering, Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg 2003; Jackisch, League; Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012; Peter Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007.

30 Hering, Nation, S. 496 f.; vgl. etwa Thomas Rohkrämer, Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880-1933, Paderborn 1999; klassische Forschungsbeiträge zu diesem Problemkomplex sind Zygmunt Bauman, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992; Detlev J. K. Peukert, Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989; Michael Mann, Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg 2007.

31 Eckart Kehr, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1970, S. 144.

32 Hagenlücke, Vaterlandspartei, S. 402.

dieser Organisation, aus der auch spätere NSDAP-Mitglieder kamen.<sup>33</sup> Die »alldeutsche Nation«, die die Alldeutschen als politisches Ziel anstrebten, sollte von allen inneren Feinden – Juden, Sozialdemokraten, Katholiken, Polen und anderen kulturellen und nationalen Minderheiten – gesäubert sein. Sie verfolgte Annexionspläne in Europa und Kolonialvisionen in der Welt, räumte einer Elite politischen Vorrang ein und wurde von einem autoritären Führer gelenkt, der immer mehr die Züge des ursprünglich als Realpolitiker verachteten Bismarck annahm. Die Massendemokratie und das gleiche Wahlrecht wurden abgelehnt, auch die Gleichstellung von Frauen.<sup>34</sup>

Die Alldeutschen stellten eine Verbindung zwischen völkischem Denken und Bürgertum her. Auch aus diesem Grund wurden in der bürgerlichen Gesellschaft rassistische, antisemitische Ideen und Gewaltbereitschaft hoffähig. Aber das heißt nicht, dass der traditionelle Konservatismus von der völkischen Bewegung kontrolliert wurde. Es blieben zahlreiche Spannungen, die sich bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten in offenen Konflikten entluden. Machtfragen und Interessengegensätze lagen diesen Konflikten oft zugrunde. Ideologisch aber lassen sie sich im Kern auf den Gegensatz von Staat und Volk zurückführen. Schon Lagarde hatte gegenüber seinem rassistisch-antisemitisch definierten, durch eine »nationale Religion« auch spirituell homogenen Volk den Staat als bloßes »Supplement« in den Hintergrund treten lassen.<sup>35</sup> Für die Alldeutschen hatte das Volk als exklusive und rassistisch homogene Gemeinschaft stets Vorrang vor dem Staat, der als »völkischer Staat« neu geschaffen werden sollte.<sup>36</sup> Im Gegensatz dazu galt die Loyalität des traditionellen Konservatismus dem Staat. Dieser Logik war nach 1918 der »gouvernementale« Flügel der Deutschnationalen verpflichtet, der sich gemeinsam mit konservativen Demokraten gegen die völkische Fundamentalopposition in den eigenen Reihen stellte und zur Mitarbeit im Weimarer Staat bereitfand.<sup>37</sup> In der demokratischen Diskussion fielen Volk und Staat zusammen, »Volksstaat« bezeichnete zumeist eine deutsche Variante des Wortes Demokratie. Der Volksbegriff war im demokratischen Kontext offen und inklusiv angelegt und transportierte neben kulturellen Aspekten immer auch politische Selbstbestimmung.<sup>38</sup>

Ganz anders bei den Völkischen, und der Nationalsozialismus radikalisierte das völkische Denken über das Volk noch in zwei entscheidenden begrifflichen Operationen: Zunächst monopolisierte er das Nationale, führte es gegen den Staat von Weimar und stellte das Volk auch über den neuen, »polykratischen«, in vieler Hinsicht ungeregelten Staat. Doch was der Nationalsozialismus als »Neuaufbau auf völkischer Grundlage« verkündete, hatte mit früheren Volksbegriffen nur wenig zu tun. »Obwohl in der Alltagssprache der nationalsozialistischen Propaganda ›Volk‹ seinen Vorrang behauptete, [...] war dieser Begriff längst ausgehöhlt.« Denn er hatte nicht nur jede staatsrechtliche Bedeutung verloren, sondern – und das war die zweite Umdeutung – auch »seine ideologische, haltungs- und handlungsleitende Funktion abgetreten an den Begriff ›Rasse‹«. Wenn Nationalsozialisten an die »Volks-gemeinschaft« appellierten, war das ideologische Subjekt »Rasse« gemeint.<sup>39</sup> Der Gegensatz von Rasse und Staat, der keiner traditionellen Begrenzung und Rationalität mehr zugänglich war, und die Dynamik einer »kumulativen Radikalisierung« verschärfte und beschleunigte nicht nur die rassistische Vernichtungspolitik. Sie setzten einen Prozess in Gang, der letztlich auf die »Zerstörung der Politik« und auf die Selbstzerstörung des NS-Regimes hinauslief.<sup>40</sup>

Die nationalsozialistische Fixierung auf den Begriff »Rasse« und seine Radikalisierung macht jedoch nicht nur eine Konstante des völkischen Denkens sichtbar.<sup>41</sup> Unter dem Stichwort »Eugenik« vermengten sich Themenfelder, die in die Mitte der Gesellschaft führten: Sie betrafen völkisch-rassistische, konventionelle sozialpolitische und »sozialhygienische« Aspekte. Von sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung der Volksgesundheit bis zu Zwangssterilisierungen medizinisch selektierter »Minderwertiger«, der Tötung Behinderter und der Aufzucht einer neuen Superrasse reichte die Bandbreite dieser Erörterungen. Vertreten waren dabei anfangs eine Vielzahl politisch unterschiedlichster Stimmen. Die moderne Medizin und ihre enorme Bedeutung in der Gesellschaft, die Ausweitung der sozialen Hygiene auf alle Lebenszusammenhänge und der Ausbau der Sozialarbeit und Fürsorge schufen ein Handlungsfeld mit fließenden Übergängen: Medizinisch oder ökonomisch begründete Entscheidungen, scheinbar wohlwollende, aber paternalistisch-bevormundende

Maßnahmen und rassistische, auf Ausgrenzung und Vernichtung hinauslaufende Aktionen lagen nahe beieinander. Das war nicht nur ein deutsches Phänomen. In den Vereinigten Staaten, in Schweden oder Großbritannien fanden sich Parallelen, und auch internationale Kooperationen auf diesem Gebiet kamen zustande. Erst die Entwicklung in Deutschland führte zu einem grundsätzlichen Umdenken auf diesem Gebiet. Nachdem die tödlichen Konsequenzen eugenischen Denkens sichtbar geworden waren, verlor es weltweit seine wissenschaftliche und soziale Akzeptanz.<sup>42</sup>

All diese Entwicklungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, auf ihre Werte und Normen, ihre Vorstellungen und Verhaltensweisen. Die Parolen des Nationalsozialismus überraschten und erschreckten kaum mehr. Seine Worte und Symbole waren durch die völkischen Bewegungen bereits vertraut geworden. Selbst wo völkisches Denken und alldeutsche Politik nicht auf Zustimmung stießen, fand eine Desensibilisierung gegenüber Antisemitismus, Rassismus und Gewalt statt. Die Aushöhlung der moralischen Fundamente wurde politisch entscheidend, als es nach dem plötzlichen Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung und der Schwächung des Parlaments nach 1930 wieder auf die alten

konservativen und bürgerlichen Eliten ankam. Sie stellten die Entscheidungsträger, als eine Regierungsbeteiligung der NSDAP zunehmend denkbar wurde.

Aber im Rückblick richtete das völkische Denken auf Dauer größten Schaden wahrscheinlich bereits früher an. Die ideologische Unnachgiebigkeit völkischer Radikationalisten und ihre grundsätzliche Ablehnung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Demokratie verhinderten die Bildung einer konservativen Sammlungspartei. Möglicherweise hätte eine solche Partei aller Rechten auf Dauer auch monarchistische und andere antidemokratische Kräfte in die Demokratie einbinden können, wie dies in anderen Ländern damals gelang. Doch die Radikalen störten und unterbrachen immer wieder den ohnehin schwierigen, zögerlichen und langsamen Prozess der Demokratisierung der Rechten. Die Ansätze, die es dazu in der DNVP gab, scheiterten wiederholt am unerbittlichen Widerstand alldeutscher und anderer völkischer Akteure. Die andauernde Uneinigkeit und die vielen Spaltungen im rechtskonservativen Spektrum begünstigten den Aufstieg des Nationalsozialismus.<sup>43</sup>

An diesem Punkt ist auf Albrecht von Graefe zurückzukommen. Obwohl der Antisemitismus als

33 Vgl. Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919-1923*, Hamburg 1970; Jackisch, *League*, S. 3.

34 Vgl. Hering, *Nation*.

35 Koselleck, *Volk*, S. 374.

36 Vgl. Hering, *Nation*, S. 349-379.

37 Vgl. etwa Jackisch, *League*, S. 89-100; Larry Eugene Jones (Hg.), *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*, New York 2014; Thomas Mergel, *Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928-1932*, in: *Historische Zeitschrift* 276 (2003), S. 323-368; Stefanie Middendorf, *Finanzpolitische Fundamente der Demokratie? Haushaltsordnung, Ministerialbürokratie und Staatsdenken in der Weimarer Republik*, in: Müller u. Tooze (Hg.), *Normalität*, S. 315-343; Philipp Nielsen, *Verantwortung und Kompromiss. Die Deutschnationalen auf der Suche nach einer konservativen Demokratie*, in: Müller u. Tooze (Hg.), *Normalität*, S. 294-314.

38 Vgl. etwa Koselleck, *Volk*; Llanque, *Denken*.

39 Koselleck, *Volk*, S. 398, 402, 411 f., 413; zur Diskussion um die Institutionenkonkurrenz in der nationalsozialistischen »Polykratie« vgl. zuletzt Sven Reichardt u. Wolfgang Seibel (Hg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt 2011; zur Diskussion um die allgegenwärtige, aber analytisch nur schwer zu fassende Funktion des Volksgemeinschaftsbegriffs im nationalsozialistischen Deutschland vgl. Martina Steber u. Bernhard Gotto (Hg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014; *Volksgemeinschaft und die Gesellschaftsgeschichte des NS-Regimes*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 433-468.

40 Mommsen, *Geschichte*, S. 117.

41 Vgl. Puschner, *Bewegung*, S. 49-201.

42 Vgl. etwa Evans, *Third Reich*, S. 59-84; Henry Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung*, Berlin 1997; Jeremy Noakes, *Nazism and Eugenics. The Background to the Nazi Sterilization Law of 14 July 1933*, in: R. J. Bullen, H. Pogge von Strandmann u. A. Polonsky (Hg.), *Ideas into Politics. Aspects of European History 1880-1950*, London 1984, S. 75-94; Detlev J. K. Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982; ders., *Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932*, Köln 1986; Hans-Walter Schmuhl, *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens« 1890-1945*, Göttingen 1987; Paul Weindling, *Health, Race and German Politics Between National Unification and Nazism, 1870-1945*, Cambridge 1993; zur Kontinuität eugenischer Konzepte im deutschen Strafvollzug die ersten Kapitel von Nikolaus Wachsmann, *Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat*, München 2006; zur internationalen Dimension und der Ablehnung eugenischen Denkens nach 1945 Mazower, *Kontinent*, S. 117-156.

43 Vgl. Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit – Die Deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945*, Darmstadt 2001, S. 370-376; Eley, *German Right*; Jackisch, *League*; Larry Eugene Jones, *The Limits of Collaboration. Edgar Jung, Herbert von Bose, and the Origins of the Conservative Resistance to Hitler, 1933-34*, in: ders. u. James Retallack (Hg.), *Between Reform, Reaction, and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945*, Providence 1993, S. 465-501.



ein »kultureller Code«<sup>44</sup> der Verständigung unter den zerstrittenen Deutschnationalen diene, ging Graefe und seinen Gesinnungsgenossen der traditionellen Antisemitismus weiter Teile der Partei nicht weit genug. Sie wollten eine rassistische und radikal antisemitische Politik durchsetzen. Ende 1922 verließen sie die Partei und gründeten die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP). Sie erzielte vor allem in Mecklenburg einige kleinere Erfolge und wurde als norddeutsches Pendant zur NSDAP in Bayern betrachtet. 1924 kam es zur formellen Zusammenarbeit der beiden Parteien. Am Ende ging die DVFP in der NSDAP auf. Die Gailionsfigur beider rechtsextremer Splitterparteien war in dieser Zeit der Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff, dessen unheilvolle Rolle in der deutschen Geschichte ein eigenes Thema wäre.<sup>45</sup> Der Extremismus dieser offen völkisch-rassistischen Parteien ging jedoch selbst den Alldeutschen zu weit, vor allem, weil sie deren politische Chancen für gering hielten. Damit richteten sich ihre Blicke wieder auf die DNVP, mit katastrophalen Folgen. Spätestens nach dem Scheitern des Hitler-Putschs 1923 lenkten der ADV und sein Vorsitzender Heinrich Claß ihre Energien darauf, die DNVP, die sich gerade der Republik annäherte, zu unterwandern und auf diesem Wege ihre völkischen politischen Visionen zu verwirklichen. Ein Erfolg ihrer Strategie war, dass 1928 mit Alfred Hugenberg ein weit rechts stehender und schließlich zur Zusammenarbeit mit Hitler bereiter Alldeutscher zum Parteiführer gewählt wurde. Moderate Konservative verließen reihenweise die DNVP, aber auch die Alldeutschen verloren in diesen Jahren einen Großteil ihrer Mitglieder.<sup>46</sup>

Der politische Bedeutungsverlust des völkischen Denkens war überall erkennbar, aber gleichzeitig konnte dessen alldeutsche bürgerliche Variante die DNVP erobern. Dieser Widerspruch verdeutlicht die Tragik der deutschen Geschichte vor 1933. Die Serie der politischen Niederlagen, die das radikalnationalistisch-rassistische völkische politische Milieu hatte hinnehmen müssen, war auch in Zahlen ablesbar. Die DVFP hatte sich nicht durchsetzen können, und die NSDAP errang bei den Reichstagswahlen 1928 ganze 2,6 Prozent der Stimmen. Ludendorff, der Held des Ersten Weltkriegs, der mittlerweile einer völkisch-esoterischen Ideologie anhing, hatte bei den Wahlen zum Reichspräsidenten 1925 lächerliche 1,1 Prozent eingefahren.<sup>47</sup> Vom geschei-

terten Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch 1920 über den Hitler-Putsch 1923 und die Farce eines angeblichen »Claß-Putsches« 1926<sup>48</sup> bis zur aufsehenerregenden, aber spektakulär erfolglosen Agitation gegen den Young-Plan 1929 reihte sich eine Niederlage an die andere. Der Weimarer »Republikschutz« griff härter durch als später kolportiert wurde, der »Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund« hatte es zu spüren bekommen. Die Republik war eine wehrhafte Demokratie. Nach der Überwindung der bürgerkriegsartigen Situation der ersten Jahre hatte auch die Gewalt in der politischen Auseinandersetzung weitgehend abgenommen. Und noch 1932 übertraf das republiktreue Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dem Sozialdemokraten, christliche Demokraten der Zentrumspartei und Linksliberale angehörten, an Mitgliedern bei weitem die SA, den kommunistischen Rotfrontkämpferbund und den deutschnationalen Stahlhelm zusammengekommen.<sup>49</sup> In diese historische Relation muss jede Betrachtung des völkischen Denkens ihren Gegenstand rücken. Weil nach 1933 so viel geschah, was an die Sprache und Ideen der Völkischen erinnerte, wird ihre Bedeutung vor 1933 leicht überschätzt. Radikalisierung, taktische Anpassungen und Strategiewechsel waren die Folge von Rückschlägen. Der Nationalsozialismus als eklektische Ideologie bediente sich bei den Völkischen. Aber er brachte eine völlig neue Qualität in die Politik. Er blieb nicht im völkischen Sumpf stecken, sondern versuchte nach 1928 für breite Schichten der Gesellschaft attraktiv zu werden, zu einer Art Volkspartei zu werden. Um Hitler und der NSDAP schließlich die Gelegenheit zu eröffnen, ihr Projekt einer neuen, »rassisch reinen« und auf Exklusion angelegten »Volksgemeinschaft« zum Regierungsprogramm zu machen, bedurfte es aber gewaltiger ökonomischer, politischer und sozialer Schockwellen. Andernfalls wären die Nationalsozialisten wahrscheinlich wieder im historischen Nichts versunken, und die völkische Bewegung mit ihnen.

Das war die Erwartung kluger zeitgenössischer Beobachter. Zu ihnen gehörte der Soziologe Sigmund Neumann, der 1933 ins Exil gehen musste. Im Jahr zuvor legte er seine Studie *Die deutschen Parteien* vor, die so gedankenreich und analytisch präzise ist, dass sie bis heute die Forschung zum Kaiserreich, zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus inspiriert. Die NSDAP erfasste er als »Protestbewegung«,

die lager- und schichtenübergreifend gewählt wurde, soziologisch vor allem eine »Partei des Mittelstandes«, aber in ihrer Dynamik eine »Fortsetzung der Jugendbewegung« war. Den Aufstieg des Nationalsozialismus seit 1930 beschrieb Neumann als »Schatten oder Ausdruck der seit 2 Jahren ansteigenden Krise«. Politik war für den Nationalsozialismus die »Rationalisierung des Irrationalen«. Die jugendliche Gefolgschaft, auch die vielen Studenten, trieb die »Liebe zum Unbedingten« zur Hingabe an den Führer, sie wollten radikale Taten. Mit seiner 1930 abgegebenen »Legalitätserklärung gewann aber der Nationalsozialismus breite bürgerliche Schichten, die im Grunde nur eine radikale deutschnationale Partei wollten«. Doch das Bürgertum unterschätzte die »echt revolutionären Elemente« in der Hitler-Bewegung. Im Hinblick auf das Kommende erkannte Neumann, dass »die taktische Wendung der Nationalsozialisten, die Staatsmacht auch auf dem Koalitionswege zu erobern, in Zukunft von großer Bedeutung werden kann«. Aber er legte auch die inneren Spannungen im Nationalsozialismus dar. Für die Hitler-Partei tickte die Uhr. Eine Massenprotestbewegung, zu der die rechtsextreme Splitterpartei geworden war, ließ sich nicht auf Dauer mobilisieren. »Gewiß ist: der Nationalsozialismus muß zum baldigen Erfolg kommen oder in seiner politischen Bedeutung einbüßen. Mit Massen kann man schwerlich eine Revolution in Permanenz machen.«<sup>50</sup> Bei den Novemberwahlen 1932 büßte die Partei, wie auch die Frankfurter Zeitung zum Jahreswechsel 1932/33 betont hatte, erstmals seit 1930 wieder in großem Umfang Stimmen ein. Der Ausgang der Geschichte ist bekannt.

#### **Tim B. Müller**

Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung

---

44 Zum Begriff vgl. Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München 2000.

45 Vgl. Jakisch, League, S. 54-67; Manfred Nebelin, Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2011.

46 Vgl. Jakisch, League, S. 101-158.

47 Vgl. Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007, S. 465.

48 Vgl. dazu Jakisch, S. 138-146.

49 Vgl. etwa Dreyer, Weimar; Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA, Köln 2009; Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001; Benjamin Ziemann, Germany after the First World War – A Violent Society? Results and Implications of Recent Research on Weimar Germany, in: Journal of Modern European History 1 (2003), S. 80-95; ders., Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933, Bonn 2014; diese Beiträge zeigen ebenso wie Blasius, Ende, dass die Gewalt erst in der Schlussphase der Republik wieder entfesselt wurde.

50 Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932, S. 73 ff., 78, 82, 85 f. und S. 88.